



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IK/269 - 27.11.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Zur Tagung der Montan-Union am 29. November	S. 1
Die USA und das Saarstatut	S. 3
Die geschichtliche Schuld des Kanzlers	S. 5
Mißglückte SED- Anbiederung	S. 7

\* \* \*

## Die Montan-Union braucht Auftrieb

H.St. Wenn die gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 29. November in Strassburg ihre fünftägige ausserordentliche Sitzungsperiode beginnt, werden ihre Beratungen über die sechs Mitgliedsstaaten hinaus mit besonderer Spannung verfolgt werden. Nach der Pariser Kammerentscheidung vom 30. August, die der EVG den Todesstoss versetzte, muss die überstaatliche Europapolitik zunächst als gescheitert angesehen werden, und es scheint bis auf weiteres aussichtslos, das Ziel auf diesem Wege weiter zu verfolgen. Als einer der ersten erkannte Jean Monnet, der Präsident der Hohen Behörde, dass der Plan einer supranationalen Lösung nach den Londoner und Pariser Beschlüssen als erledigt gelten muss. Der Plan wurde abgelöst durch eine Koalition selbständiger Staaten. Die alten Souveränitätsbegriffe haben sich noch einmal als stärker erwiesen.

Wenn wir auch keinen Anlass haben, die bisherige Tätigkeit der Montan-Union gut zu heissen, müsste es doch bedauert werden, wenn sie zusammenbräche. Der Gedanke eines europäischen Zusammenschlusses wird sich früher oder später dennoch durchsetzen, und es wäre deshalb ein Rückschritt, die Montan-Union aufzulösen, auch wenn sie sich zunächst auf Kohle und Eisen beschränken muss. Voraussetzung dafür wäre allerdings die von der SPD immer wieder geforderte Revision

des Schuman-Plan-Vertrages mit dem Ziel, allen teilnehmenden Ländern die gleichen Bedingungen und Möglichkeiten einzuräumen. Nur dadurch könnten die mannigfaltigen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, die eine erfolgreiche Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bisher verhindert haben.

Ein Mitglied der Hohen Behörde hat die Montan-Union kürzlich mit einer belagerten Burg verglichen, die jedoch fest genug sei, weiter verteidigt zu werden. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Montan-Union sind in der Tat mit denen einer belagerten Feste vergleichbar gross. Hinsichtlich einer Vereinheitlichung von Preisen, Löhnen, Zöllen, Abgaben oder Frachttarifen ist man noch kaum einen Schritt weitergekommen, weil sich überall Widerstände ergeben. Ausser der Ruhr weigert sich auch Frankreich, seine Kohlenverkaufsorganisationen aufzulösen. Die Investitionen haben die USA wieder gestoppt. Ein Wettbewerb mit gleichen Chancen scheint unmöglich, solange er durch die Überbewertung des Francs verfälscht wird. Die Montan-Union hat bisher wohl die Interessen der Unternehmer, nicht aber in gleicher Weise auch der Arbeitnehmer und Verbraucher wirksam vertreten. So viele Probleme, so viele Schwierigkeiten.

Die Tagesordnung der Gemeinsamen Versammlung sieht nach der Neuwahl des Nachfolgers für den verstorbenen Präsidenten de Gasperi als wichtigsten Punkt die Diskussion über den Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde vor. Wie auf der letzten Versammlung im Mai werden die Delegierten auch diesmal nicht mit ihrer Kritik zurückhalten, zumal die Erfolge der Hohen Behörde hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Monnet soll gebeten werden, sein Amt als Präsident der Hohen Behörde zwei weitere Jahre beizubehalten. Die wichtigste Entscheidung, vor der die Versammlung steht, findet man allerdings nicht auf der Tagesordnung: Die Aufgabe, der Montan-Union neuen Auftrieb zu geben und ihre Zukunft zu sichern. Niemand wird ihr von vornherein ein düsteres Horoskop stellen wollen. Aber die massgebenden Persönlichkeiten müssen sich endlich zu der Erkenntnis durchringen, dass die Aufgaben der Montan-Union ohne eine Revision der Verträge auch künftig unlösbar bleiben werden.

Egreift die Bundesregierung?

xxx Saarbrücken

Das in deutscher Sprache erscheinende Organ Frankreichs an der Saar, die "Saarbrücker Zeitung", hat das Ergebnis der Washingtoner Besprechungen des französischen Ministerpräsidenten auf die kurze, aber prägnante Formel gebracht: "Persönlicher Erfolg stärker als der politische." Zumindest was die von Frankreich angestrebte angelo-amerikanische Garantie des vorläufigen Saarstatuts angeht, scheint Mendés-France tatsächlich noch nicht einmal den bei den Pariser Abschlussverhandlungen am 23. Oktober verabredeten Wortlaut dieser Garantie schriftlich bestätigt erhalten zu haben.

Die "Saarbrücker Zeitung", deren Eigentümer immerhin der Quai d'Orsay ist, umschreibt den Garantie-Misserfolg von Mendés-France mit den Worten: "Man glaubt in Paris jedoch annehmen zu dürfen, dass Staatssekretär Foster Dulles versprochen habe, die im Artikel VIII des Saarabkommens erwähnte amerikanische Garantie zu gewähren, sobald das Saarstatut durch den zu erwartenden positiven Ausgang des saarländischen Referendums Rechtskraft erhalten würde. Allerdings sollten, wie im Artikel VIII des Saarabkommens vorgesehen, die Bundesrepublik und Frankreich den Garantieantrag gleichzeitig stellen... Demgegenüber verlautete jedoch (aus Washington), dass der amerikanische Staatssekretär den von Mendés-France formulierten Vorschlag für die Beibehaltung des Saarstatuts im deutschen Friedensvertrag... vorläufig mit vorsichtiger Zurückhaltung (sic!) beantwortet haben soll".

Es wäre gut für das deutsch-amerikanische Verhältnis, wenn Washington dieses vorsichtige Eingeständnis eines französischen Presseorgans offiziell bestätigen würde. Gerade wegen der Saarfrage sind die USA in letzter Zeit allzu oft in den Verdacht geraten, ein Opfer des Vernebelns und Erschütterns bestehender Rechtsgrundlagen geworden zu sein. Eine eingehende Analyse der saarländischen Stellungnahmen - von denen in der Bundesrepublik einmal abgesehen - zu den Verhandlungen von Mendés-France mit Dulles und Eisenhower lässt deutlich erkennen, dass sogar die Frankreichhörige Regierung Hoffmann und die frankophilen Parteien nicht anders wie die deutschen Oppositionsparteien an der Saar zu der Auffassung gelangt sind, die Vereinigten Staaten seien auf keinen Fall bereit, das vorläufige Saarstatut als "ein integriertes Element des Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland" zu garantieren.

Für die deutsche Bundesregierung ergäben sich auf Grund des

Saargespraches zwischen Mendés-France und Dulles neue Möglichkeiten, dem notleidenden Völkerrecht und damit der Saarbevölkerung wirkungsvoll zu helfen. Die Bundesregierung hat bekanntlich zum Ausdruck gebracht, die Westeuropäische Union solle nach ihrer Konstituierung das in Paris hingeschlossene Statut durch Interpretationen zu einem dann angeblich brauchbaren Instrument eines provisorischen modus vivendi zu machen. Begreift die Bundesregierung, welchen wichtigen Hinweis ihr Washington mit dem Satz gegeben hat "allerdings sollten...die Bundesregierung und Frankreich den Garantie-Antrag g l e i c h z e i t i g stellen?"

In der Zwischenzeit haben zweifellos auch die USA gemerkt, welche einseitigen Belastungen das Saarstatut den Deutschen und dem Völkerrecht auferlegt. Man ist auf deutscher Seite berechtigt, anzunehmen, mit dieser diplomatisch geschickten amerikanischen Umschreibung ist Frankreich bedeutet worden, der saar-deutschen Forderung nach vernünftigen und erst dadurch für alle Vertragspartner, aber auch für die Garantiemächte, verbindlichen Auslegungen des Statuts keine unüberwindlichen Hemmnisse in den Weg zu legen. Und für den Fall, dass das doch seitens Frankreich geschieht, weisen die USA die deutsche Bundesregierung auf die Möglichkeit hin, die von Frankreich dringend gewünschte anglo-amerikanische Garantie eben dadurch nicht zustande kommen zu lassen, dass diese dann allein von Frankreich bei den USA und Grossbritannien offiziell erbeten werden müsste. Die USA bestehen ja auf "Gleichzeitigkeit".

Es ist gewiss beschämend, das Versagen - um nicht einen härteren und zutreffenderen Ausdruck zu gebrauchen - der deutschen Aussenpolitik in der Saarfrage durch ausländische Hilfsstellungen zwar nicht repariert, aber gemildert zu sehen. Zumindest die Deutschen an der Saar erwarten von der Bundesregierung, dass die amerikanischen Hinweise entsprechend beachtet werden.

+ + +

#### Dilemma der SVK nimmt zu

Die Schwierigkeiten der sowjetzonalen Sozialversicherungskassen nehmen immer grössere Ausmasse an. Wie erst jetzt bekannt wird, wurden bereits im Monat August 54 die kurzfristigen Darleistungen allein im Kreis Borna um 4,5 Mill. gekürzt. Die Kürzung wurde damit begründet, dass der Volkswirtschaftsplan sich nicht so entwickelte, wie es geplant gewesen sei. Die Kürzungen wurden im Monat September und Oktober beibehalten. Dadurch konnten die von den Schwerpunktbetrieben vorausgelegten SV Gelder nicht zurückerstattet werden, so dass der Wirtschaftsplan der Betriebe über den Haufen geworfen wurde. Die SVK ist bemüht, durch eine Herabsetzung der Invalidität Teilrenten zu streichen und damit Mittel einzusparen.

+ + +

### Adenauers Anfang und das Ende

sp - Der Verzicht auf die Saar ist der Preis für die zwölf westdeutschen Divisionen. So stellt die Regierungpropaganda die Dinge dar, seitdem die pseudoeuropäischen Hüllen gefallen sind. Die Bundesrepublik muss nach dieser seltsamen Logik einen Gebietsteil als Opfer darbringen, wenn sie die Genehmigung zur Aufrüstung erhalten will. Natürlich wählt der Kanzler, wenn er seine Anhänger von dem Zwang, unter dem er steht, überzeugen will, andere Worte. Es heißt dann, dass es ohne die Pariser Verträge keine Sicherheit für die Bundesrepublik gäbe, und dass folglich ein Festhalten an der Saar bedeuten würde, dass die Sowjetrussen Westdeutschland und die Saar zusammen schlucken. Die Saar oder die Verträge, Freiheit oder Bolschewismus, - in diesem Schema bewegen sich Adenauers Denkgewohnheiten und, von seiner Gefolgschaft abgesehen, kann ihm das Gelächter der Welt sicher sein.

Im Wahlkampf, das hat sich der Bundeskanzler zum Grundsatz gemacht, muss man nicht nur noch einfacher reden als man in seinem Senat schon ist und deutlicher werden als es der politische Takt eines hohen Amtes zulässt, sondern auch rücksichtsloser vorgehen als die guten Sitten selbst für solche Zeiten vorschreiben. Das sieht dann so aus: Ich, Adenauer, bin die Freiheit und die Sicherheit und der Frieden. Alle aber, die mir nicht folgen, sind gegen die Freiheit und die Sicherheit und den Frieden. Er könnte auch sagen: Wer für die Saar ist, ist gegen Deutschland und wer gegen die Verträge ist, ist für den Bolschewismus. Denn das ist die Logik, mit der er das Volk bezwingen will. Wir sind weit davon entfernt, anzunehmen, der Versuch, die demokratische Opposition als Helfershelfer Moskaus hinzustellen, entspringe der Böartigkeit des wahltaktischen Augenblicks. Dieser Bundeskanzler ist nun einmal so.

Die historische Gerechtigkeit gebietet jedoch festzustellen, dass es am Anfang der amtlichen Bonner Außenpolitik noch etwas anders aussah. Von der hohen Souveränitätsbegehren bis zur Unterschrift unter das Saarstatut war es ein weiter Weg. Freilich wird man sich erinnern müssen, dass schon beim Petersberger Abkommen die deutsche Unterschrift unter dem Druck einer alliierten Drohung geleistet wurde, wie Dr. Adenauer dem Bundestag versicherte. Alles weitere konnte dann in den europäischen Nebel eingehüllt werden, und wenn einmal die Rede auf die Saar kam, so

folgte regelmäßig die Erklärung, dass diese Frage sich durch die geniale Aussenpolitik von selbst lösen würde. Sie ist nicht gelöst worden, und selbst in der Phase, da mit dem Partner Robert Schuman das Neo-Karolingertum noch zuversichtlich sein konnte, ist man um keinen Schritt weitergekommen.

Zu den historischen Tatsachen zählt, dass dieser Bundeskanzler im Jahre 1950 dem Westen deutsche Soldaten angeboten hat. Dieses trotz aller Warnungen der Opposition ausgesprochene Angebot hat zu der grotesken Lage geführt, dass der Westen, der die deutschen Soldaten für seine Sicherheit nötig zu haben glaubt, sich so verhält, als würde mit der Aufrüstung ein allgemeiner deutscher Wunsch erfüllt. So kommt es, dass Frankreich für seine Zustimmung zu den Verträgen die Saar als Preis verlangt hat und noch verlangt. Der westliche Teil Deutschlands, für den jede Form eines Wehrbeitrages ein schweres politisches, wirtschaftliches und soziales Opfer wäre, soll zudem noch auf ein Stück deutschen Landes verzichten. Dabei steht außer Zweifel, dass die militärische Planung des Westens mit oder ohne deutsche Soldaten nicht auf den unbedingten Schutz dieses Teils der freien Welt angelegt ist.

Der Bundeskanzler und Außenminister hat nun nicht etwa das Ansinnen eines Tauschgeschäftes Land gegen Soldaten abgelehnt. Er hat nicht erklärt, dass damit die westdeutsche Demokratie bloßgestellt und alle Grundsätze mißachtet würden, auf die sich die freie Welt so oft beruft. Er unterließ es zu erklären, dass unzumutbare Leistungen den potentiellen Anti-Demokraten Auftrieb geben und damit die innere Sicherheit gefährden müssen. Er tat dies alles nicht, weil er gar nicht auf den Gedanken kam, dass dies hätte getan werden können und müssen. Stattdessen verteidigt der Bundeskanzler noch die Koppelung von Saarstatut und Verträgen, und macht die französische Erfindung dieses Junkvins zu seiner eigenen Idee, wie er vor vier Jahren den Alliierten den unbezahlbaren Gefallen tat, auszusprechen, was sie selbst nicht auszusprechen wagten: dass eine neue deutsche Armee aufgestellt werden solle.

Das ist die historische Schuld dieses Bundeskanzlers

\* \* \*

SED- Briefaktionen ohne Wirkung

Seit Wochen hat die SED eine neue Briefaktion gestartet, in deren Verlauf SED-Belegschaften und Parteibetriebsgruppen gezwungen werden, an prominente sozialdemokratische Politiker, vor allem an den SPD-Vorsitzenden Erich OLLENHAUER, die Aufforderung zu richten, die Pariser und Londoner Verträge zu Fall zu bringen. Gleichzeitig wird das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz gefordert.

Es gibt keinen Zweifel, dass diese Briefaktion ein Bestandteil der kommunistischen Infiltrationstaktik ist, mit der die Position der Sozialdemokratie im Kampf um die deutsche Wiedervereinigung erschwert werden soll.

Diese Propagandaversuche der SED sind ohne Einfluß auf die Haltung der Sozialdemokratie im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Für die Sozialdemokratische Partei gibt es keine Gemeinsamkeit mit der SED, weder in der Frage der deutschen Einheit, noch in anderen politischen Fragen. Die Pankower Machthaber haben aufgrund der von ihnen jahrelang betriebenen Spaltungs- und Sowjetisierungspolitik jedes Recht verloren, als Anwalt gesamtdeutscher Interessen aufzutreten.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: i.V. Albert Exler